
B Basiswissen

Weichenstellungen – wohin?

„Die Geburtsstunde der Weimarer Republik ... schlug am 6. Juli 1917“ (Hagen Schulze), in der gemeinsamen Initiative der SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen Partei und des Zentrums, ein überparteiliches Gremium, den Interfraktionellen Ausschuss, zu bilden, um die künftige Zustimmung ihrer Fraktionen zu weiteren Kriegskrediten von Zugeständnissen bei der Parlamentarisierung des Deutschen Reiches und dem Bemühen um einen Verständigungsfrieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ abhängig zu machen. Dies bedeutete nichts weniger als die Überwindung des bisherigen Verfassungsgefüges. Kriegskredite waren in den bisherigen drei Kriegsjahren meist anstandslos bewilligt worden. Nur in der SPD war die Zahl der Gegenstimmen von einer (Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914) auf 20 im folgenden Jahr gestiegen. 1916 erklärten die Kriegsgegner ihren Austritt aus der Fraktion und konstituierten sich ein Jahr später als Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). In der neuen Konstellation traten die späteren Träger der Weimarer Republik aus der Deckung, die SPD, die Fortschrittliche Volkspartei (später DDP), das Zentrum und, mit Einschränkung, die Nationalliberale Partei (später DVP).

Der eigentliche Gegner dieser Initiative war jedoch weniger die Reichsregierung Bethmann Hollweg, sondern der tatsächliche Inhaber der Macht im Reich, die Oberste Heeresleitung (OHL), seit dem 29. August 1916 unter der Führung des Duos Hindenburg und Ludendorff, die in dieser Position über fast diktatorische Machtmittel verfügten. An der OHL und weniger an der neuen Reichstagskonstellation lag es auch, dass Bethmann Hollweg eine Woche später entlassen wurde; sein Nachfolger Michaelis berief erstmals Vertreter der Reichstagsfraktionen in seine neue Regierung.

Schon eine Woche später verabschiedete der Reichstag seine Friedensresolution (s. M 1.1), die von der unterlegenen Rechten mit Entrüstung als Wehrkraftzersetzung verurteilt wurde. Die Reaktion der rechten Parteien war die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, die in kurzer Zeit durch den kollektiven Beitritt verschiedener „vaterländischer“ Verbände auf 800.000 Mitglieder anwuchs.

Weltpolitische Weichenstellungen vollzogen sich auch in Russland und den USA. Im Februar (nach westlichem Kalender März) 1917 war die Herrschaft des Zaren durch die Revolution beendet worden; solange die „Doppelherrschaft“ zwischen Provisorischer Regierung und den „Sowjets“ bestand, war zwar noch keine endgültige Entscheidung über die Zukunft Russlands gefallen und der Krieg im Osten – trotz der Friedensbotschaft des Petrograder Sowjets vom 14./27. März 1917 ‚An die Völker der ganzen Welt‘ – auch noch nicht beendet. Der neue Außenminister Miljukow versicherte den Alliierten, dass sein Land trotz der Revolution an den Bündnispflichten festhalten werde. Jedoch deutet sich die künftige Konstellation bereits an, zumal die OHL für die Beförderung der radikalen Elemente der russischen Sozialdemokratie aus der Schweiz an den Ort des Geschehens sorgte.

Ein Umschwung vollzog sich auch in den USA, die bisher ihre Neutralität trotz ihrer Beteiligung an der britischen Kriegsfinanzierung gewahrt hatten. Präsident Woodrow Wilson hatte im Wahlkampf 1916 erstmals einen Völkerbund zur Vermeidung künftiger Kriege vorgeschlagen und nach seinem Wahlsieg im November 1916 einen Frieden ohne Sieg gefordert. Noch am 4. Januar 1917 hatte er eine Kriegsbeteiligung der USA als „Verbrechen gegen die Kultur“ bezeichnet, wegen des fortgeführten U-Bootkriegs aber im Februar 1917 die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen. Eine diplomatische Fehlleistung des Auswärtigen Amts, die „Zimmermann-Depesche“ vom 19. Januar 1917, ein Angebot an die mexikanische Regierung, im Bündnis mit dem Deutschen Reich ihre an die USA verlorenen Territorien zurückzugewinnen, hatte den Umschwung bewirkt und führte zur Kriegserklärung, die der Kongress am 6. April 1917 beschloss, „to end all wars“.

Im Herbst 1917 landeten die ersten amerikanischen Truppen in Frankreich; ihre Zahl sollte bis zum Kriegsende auf 2 Millionen anwachsen und sich als entscheidend für die deutsche Niederlage erweisen. Mit seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 („Vierzehn Punkte“), die als westliche Alternative zu Lenins Friedensdekret gemeint war, steckte Wilson die Kriegsziele der USA ab, erweckte zugleich in Deutschland Illusionen auf einen maßvollen Frieden.

Hier hatten der Friede von Brest-Litowsk (3. März 1918) mit der bolschewistischen Regierung der Volkskommissare und der Friede von Bukarest mit Rumänien noch Hoffnungen auf einen Umschwung geweckt. Der Annexions- und Gewaltfriede mit Sowjetrußland (s. M 7.11), dem auch die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum, im Widerspruch zu ihrer eigenen Friedensresolution, zugestimmt hatten (die SPD enthielt sich, nur die USPD stimmte dagegen), führte im Frühjahr 1918 zwar zu einer anfangs erfolgreichen Offensive im Westen, die aber bald stecken blieb und mit einer alliierten Gegenoffensive beantwortet wurde. Der „schwarze Tag“ des deutschen Heeres am 8. August 1918 und der Zusammenbruch des Bündnispartners Bulgarien im September führten bei der OHL zu panikartigen Reaktionen und der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstandsangebot. Dieses erging am 4. Oktober auf der Basis der „Vierzehn Punkte“. Die Antwortnoten ließen jedoch keinen Zweifel daran, dass der Waffenstillstand nur um den Preis der Demokratisierung und einer Entwaffnung des deutschen Heeres zu haben war. Letztere Bedingung – Rückzug der deutschen Armeen hinter den Rhein, Ablieferung der schweren Waffen – wurde am 11. November bei Compiègne durch den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger unterzeichnet.

Revolution

Die „Lehrmonate des deutschen Parlamentarismus“ (Peter Grupp) nach der Gründung des Interfraktionellen Ausschusses zählten sich im Herbst 1918 aus. Auf Be-

treiben der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Prinz Max von Baden, dem liberale Grundsätze nachgesagt wurden, zum Reichskanzler ernannt. Unter seiner Verantwortung wurde am 28. Oktober das „Gesetz zur Änderung der Reichsverfassung“ erlassen (s. M 1.5) erlassen, das aus dem deutschen Reich eine parlamentarische Monarchie machte und damit den Vorstellungen Wilsons zu entsprechen schien. Die Verlagerung der politischen Gewichte auf den Reichstag schien sich zu bewähren. Ludendorff, der angesichts der alliierten Forderungen nun den Kampf bis zum Äußersten verlangte, wurde am 25. Oktober entlassen und durch General Groener ersetzt. Wilhelm II. flüchtete wegen des Stimmungswandels und der immer lauter werdenden Rücktrittsforderungen am 29. Oktober aus Berlin ins Hauptquartier nach Spa.

Am selben Tag fasste die Marineführung einen Beschluss, der den Bemühungen um Parlamentsherrschaft Hohn sprach. Die Flotte erhielt den Befehl zum Auslaufen, ohne dass die neue parlamentarische Reichsführung informiert wurde und ihre Zustimmung gegeben hatte (s. M 2.2), ein klarer Verstoß gegen die neuen Spielregeln, mit denen sich das Militär offensichtlich nicht anfreunden konnte.

Die Aussicht auf einen „Heldentod“ kurz vor dem absehbaren Kriegsende führte zu einer Meuterei der Matrosen, die ein Auslaufen der Flotte unmöglich machte. Trotz oder eher wegen der 1000 Verhaftungen und 9 Toten breitete sich die Bewegung wie ein Ölfleck aus. Arbeiter schlossen sich den revolutionären Matrosen an; vom 1. November an wurden in Kiel und den anderen Hafenstädten Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, die, meist ohne ein formal gültiges Mandat, die lokale Macht übernahmen. Innerhalb einer Woche hatte die Bewegung den Süden erreicht und schnitt damit das Feldheer von der Heimat ab. Am 7. November wurde als erste Dynastie die der bayerischen Wittelsbacher zur Abdankung gezwungen; die übrigen folgten widerstandslos in wenigen Tagen.

In Berlin war die Lage verworren. Massendemonstrationen, organisiert von den ‚Revolutionären Obleuten‘ und dem Spartakus-Bund, einer linksradikalen Gruppierung, die aus der USPD entstanden war, bestimmten das Straßenbild. Der SPD gelang es jedoch dank ihrer organisatorischen Überlegenheit, die meisten Räte unter ihren Einfluss zu bringen. Nur der SPD traute der Reichskanzler zu, die Massen zu beruhigen. Dem stand aber die Person des Kaisers entgegen, der in Spa schwankte zwischen der Alternative eines Heldentods an der Front und der Rückkehr an der Spitze des Feldheers, um den Revolutionären „die Antwort mit Maschinengewehren aufs Pflaster zu schreiben.“ General Groener brachte ihn mit dem Hinweis, dass das Heer „nicht mehr hinter Eurer Majestät“ stehe, von solchen Plänen ab. Die sozialdemokratischen Staatssekretäre forderten am 7. November in ultimativer Form den Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen. Das glaubte Max von Baden nicht mehr abwarten zu können (s. M 2.5), sondern verkündete die Rücktritte eigenmächtig am 9. November um die Mittagszeit. Einen Tag später ging Wilhelm II. ins niederländische Exil.

Wiederum gegen die noch gültige Reichsverfassung und ohne Votum des Reichstags handelte Max von Baden,

als er den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, zum neuen Reichskanzler ernannte. Dieser trat in Verhandlungen mit der USPD über die Bildung einer Arbeiterregierung ein. Inzwischen hatte sein Fraktionskollege Philipp Scheidemann vollendete Tatsachen geschaffen. Vom Reichstag aus rief er am frühen Nachmittag die Deutsche Republik aus und kündigte eine Nationalversammlung an. Er kam mit diesem Schritt Karl Liebknecht zuvor, der wenig später vor dem Stadtschloss die sozialistische Republik ausrief, durch die die Weltrevolution vollendet werden sollte.

Am folgenden Tag konstituierte sich der ‚Rat der Volksbeauftragten‘, ein Titel nach dem Vorbild der Bolschewiki, deren Verhalten aber eher die Negativfolie für die Politik der nächsten Monate bildete. Im Januar 1918 hatten die Bolschewiki die Verfassungsgebende Versammlung in Petrograd gewaltsam gesprengt und ihre Diktatur errichtet; der Bürgerkrieg war im Herbst 1918 bereits in vollem Gange. Eine solche Entwicklung zu vermeiden und dem Deutschen Reich durch eine Nationalversammlung eine neue Basis zu geben, war das Hauptziel Eberts, dem der Zugriff auf den gesamten staatlichen Apparat möglich war. Er verfügte daher gegenüber den übrigen Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg von der SPD, Karl Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth von der USPD trotz formaler Gleichberechtigung über eine solidere Machtbasis. Auch eine Versammlung von 3000 Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte verlief am Abend des 10. November nach den Vorstellungen der SPD; der gewählte Vollzugsrat konstituierte sich nicht als revolutionäre Gegenregierung, wie es die radikale Linke geplant hatte.

Folgenreicher war eine Entscheidung, die am gleichen Abend fiel. In Sorge um eine reibungslose Rückführung des Feldheers und „bolschewistische Umtriebe“ bot General Groener telefonisch ein „Bündnis“ zwischen Regierung und Heeresführung an (s. M 3.1). Wenn auch der militärische Wert der erschöpften Truppen gering war – sie liefen meist bei der Ankunft in Deutschland auseinander – und auch keine ernsthafte Gefahr einer „bolschewistischen“ Machtergreifung bestand, so war doch der Handlungsspielraum Eberts damit entscheidend erweitert.

Zu viele Kompromisse? Die Regierung der Volksbeauftragten

Die folgenreichste Unterlassung aufgrund des Abkommens mit Groener war der Verzicht auf eine durchgreifende Demokratisierung des Heeres, obwohl sie der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte am 23.12. forderte. Die OHL bestand bis zum Herbst 1919 weiter. Das alte Heer wurde im März 1919 förmlich aufgelöst. Eine republiktreue eigene Armee kam nicht über einige Verbände (das ‚Regiment Reichstag‘) hinaus. Die an ihrer Stelle gegründeten Freikorps dagegen erwiesen sich bald als ein Fremdkörper, auf den nur beim Einsatz gegen die Linke Verlass war. Der erste Einsatz am 24. Dezember 1918 gegen die „Volksmarinedivision“, die das Berliner Stadtschloss besetzt hielt und sich weigerte, daraus abzuziehen, endete mit einem Misserfolg, führte